

Hessen vor der Wahl: Politik am Ahmadiyya-Gebetsteppich



„Ich bin gesandt worden, um das Kreuz zu brechen, das Schwein zu vernichten.“ Damit meinte Mirza Ghulam Ahmad, Begründer der Ahmadiyya, das Christentum. Und Abdullah Uwe Wagishauser, der Chef der deutschen Ahmadiyya, gibt offen zu, dass das eigentliche Ziel der Ahmadiyya das Kalifat sei. Das stört aber Hessens Politelite kein bisschen, denn die fand sich gewissermaßen zum „kleinen Landtagsgespräch“ am Gebetsteppich der Ahmadiyya-Sekte in deren Gebetsraum ein.

(Von L.S.Gabriel)

Die illustre Runde setzte sich aus Torsten Schäfer-Gümbel, Fraktionsvorsitzender und Landesvorsitzender der hessischen SPD, Yasar Bilgin, Landesvorstand der CDU Hessen, Nicola Beer, hessische Kultusministerin (FDP) und Tarek Mohamed Al-Wazir Spitzenkandidat der Grünen für die Landtagswahl in Hessen (Foto von l. n. r.), zusammen. Die vier Volksvertreter trafen sich am Sonntag in der Ahmadiyya-Gemeinde in Bonames, um sich mit den etwa 300 moslemischen Wählern über Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik auszutauschen.

Der Moslem Yasar Bilgin ist Landesvorstand der CDU Hessen und hatte seine Not damit, den anwesenden Glaubensbrüdern die Haltung seiner Partei zum Thema Kopftuch zu erklären. Die Frankfurter Rundschau schreibt:

„Das Kopftuch ist ein Gebot des Islams“, betonte er. Mit Blick auf die vorherrschende Meinung innerhalb der CDU sagte

er jedoch, das Thema brauche Zeit. In den letzten 15 Jahren habe sich das Verhältnis seiner Partei zum Islam jedoch stark verbessert, beteuerte er. Tarek Al-Wazir, Spitzenkandidat der Grünen, sagte, der Ist-Zustand beim Thema Kopftuch könne nicht die Lösung sein: „Entweder man verbietet alle religiösen Symbole, oder man erlaubt alle.“

Besonders beliebt wollte sich aber wohl Nicola Beer von der FDP machen:

Applaus erntete Nicola Beer (FDP) für ihr Angebot, dass die Römer-Fraktion ihrer Partei eine Anfrage einbringen werde, um herauszufinden, „an welchen Stellen in der Stadt der Magistrat die Möglichkeit sieht, eine Moschee zu errichten.“ Mehrfach hatten Gemeindemitglieder das Fehlen eines muslimischen Gotteshauses in der Stadt bemängelt.

Am Ende bestätigte ein Mitglied und Mitorganisator dieser Islamanbieterungsveranstaltung die vier Politiker: „Für die Wahlbeteiligung in unserer Gemeinde ist diese Diskussion sehr bedeutend.“

Wie schön zu sehen, dass die Rechnung, „gib dem Islam und den Feinden unserer Kultur Anerkennung und du bekommst willige Wähler“, so gut aufzugehen scheint. Hessen hat die Ahmadiyya ja auch schon als Körperschaft des Öffentlichen Rechts anerkannt und sie damit den christlichen Kirchen gleichgestellt. Sabatina James hält diese Anbieterung an die islamische Splittergruppe für ein „gefährliches Spiel“. Bei dem man dann wohl den Islam-Terror, gewissermaßen durch die Hintertür, auf das gesellschaftliche und politische Parkett hebt. Die Ahmadiyya sei besonders dem Christentum gegenüber sehr feindlich eingestellt, sagt Sabatina James.

Auszug aus der Ahmadiyya-Lehre:

„...den Juden und den Christen wird angeraten, nichts gegen den

verheißenen Propheten zu unternehmen. (..) Es werde keinen Sinn haben, sich ihm zu widersetzen... Widersetzlichkeit werde nur bedeuten, dass die Widersacher selbst vernichtet würden.“ (Ahmadiyya Koran- Anleitung)

„Es wird in dieser Welt nur eine Religion geben und nur einen Propheten, der uns leitet.“ (Tazkirah 462, 463)

„Alle Glaubensbekenntnisse werden zugrunde gehen, mit Ausnahme des Islams.“ (Tabligh-e-Risalath)

„Beim ersten Aufstieg des Islams war der Untergang der christlichen Völker nicht endgültig, aber sein Wiederaufstieg in unserer Zeit wird die vollständige Verdrängung der Lehrsätze des Christentums herbeiführen.“ (Ahmadiyya Koran, S. 644, Anm. 153)

Auch der 100 Moscheen-Plan für Deutschland, als Vorbereitung für das künftige Kalifat ist diesen Politikern Hessens offenbar kein Dorn im Auge. Hauptsache es gibt 300 Wählerstimmen mehr, was interessiert da schon die Zukunft Deutschlands und der Deutschen, denen sie sich offenbar schon lange nicht mehr verpflichtet fühlen.